

Pressemitteilung

Demonstration gegen Mietervertreibung in der Frankfurter Innenstadt

- **Breites Bündnis protestiert gegen unsoziale Wohnungspolitik der schwarz-grünen Stadtregierung**
- **Scharfe Kritik an der Frankfurter Bauaufsicht**
- **Mieterhöhungsstopp bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG gefordert**

15.02.2016 / Frankfurt am Main. Für den durchschnittlichen Frankfurter Bürger wird es zunehmend schwieriger in Frankfurt bezahlbaren Wohnraum zu finden und zu behalten. Denn Mieterinnen und Mieter sind dem wachsenden Druck von Luxussanierungen durch Investoren und Mieterhöhungen preisgegeben. Die schwarz-grüne Stadtregierung schaut dabei zu und beteiligt sich selbst an der Verteuerung von Wohnraum, indem sie die Mieten der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft ABG konstant erhöht.

Unter dem Motto „Ebbe langt's – Stoppt die Mietervertreibung!!“ hatte daher ein breites Bündnis Frankfurter Mieterinitiativen und des DGB Stadtverbands für den heutigen Nachmittag zu einer Demonstration aufgerufen. Mit Trommeln und Transparenten zogen 150 Teilnehmer vom Planungsdezernat in der Kurt-Schumacher-Straße bis zum Paulsplatz. Verschiedene Redner der beteiligten Initiativen und des DGB fordert dort in ihren Redebeiträgen mehr Schutz und Unterstützung für Mieter durch die Stadt.

Michael Boedecker von der NBO forderte ein konsequentes Vorgehen der Frankfurter Bauaufsicht. gegen Luxussanierung: „Investoren, die Luxussanierungen planen, dürfen in Frankfurt nicht freie Hand haben, wenn sie Mieter mit gültigen Mietverträgen durch Schikanen aus ihren Wohnungen treiben wollen. Es kann nicht sein, dass die Bauaufsicht erst handelt, wenn im Winter Dächer abgetragen, Wohnungen durch Regenwasser geschädigt werden und durch Protestaktionen auf die Missstände aufmerksam gemacht wird. Die Bauaufsicht ist keine Servicestelle für Investoren“.

Auch andere Redner betonten, dass die Bauaufsicht ihren Amtspflichten endlich konsequent nachkommen müsse, eine Aufsicht für die Bauaufsicht sei notwendig. Zudem wäre es dringend nötig, eine „Task-Force“-Stelle einzurichten, die von Mietervertreibung betroffene Mieterinnen und Mieter unterstützt.

Die weiteren Forderungen der Demonstranten richteten sich an den Frankfurter Magistrat und die hessische Landesregierung:

- Sofortige Einführung eines Genehmigungsvorbehaltes bei Erteilung von Baugenehmigungen
- Erhöhung des Bestandsschutzes für „Altmietler“ bei Umwandlung in Eigentumswohnungen wieder auf 10 Jahre.

- Zweckentfremdungsverbot von Mietwohnungen und spekulativem Leerstand.
- Endlich Anwendung des Vorkaufsrechts der Stadt.
- Kein Verkauf von städtischen Grundstücken an Investoren.
- Milieuschutzsatzungen müssen strenger gefasst werden.
- Stopp der Mieterhöhungen bei der ABG.
- Kein Bau von Luxuswohnungen bei der ABG, stattdessen Bau von Sozialwohnungen.
- Weg mit Lagenzuschlägen im Innenstadtbereich.
- Dauerhafte Sozialbindung bei geförderten Wohnungen.

Im Anschluss an die Demonstration nahm eine große Gruppe der Teilnehmer an der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Wohnungsbau im Römer teil. In zahlreichen Wortbeiträgen während der Bürgerinnen- und Bürgerrunde teilten sie ihre Forderungen dabei direkt den Stadtverordneten des Ausschusses mit.

Unterstützer der Demonstration sind die Aktionsgemeinschaft Westend, die Initiative Zukunft Bockenheim, die Initiative Ginnheim Housing, die Kampagne „Eine Stadt für alle! – Wem gehört die ABG?“, die Nachbarschaftsinitiative Nordend-Bornheim-Ostend (NBO), der DGB-Stadtverband Frankfurt, die Aktionsgemeinschaft Böhmerstraße und der Mieterschutzverein „Mieter helfen Mietern“.